

System Kohl, System D

Lord Acton und die Eisernen Gesetze von Korruption und Macht

Dem liberalen britischen Denker Lord Acton verdanken wir das Diktum: „Macht pflegt zu korrumpieren, und absolute Macht korrumpiert absolut.“ Dieses „Eiserne Gesetz“ ist 150 Jahre alt, liefert aber eine trefflichen Kurzbeschreibung des Systems Kohl. 25 Jahre an der Spitze der Partei, 16 an der Spitze der Republik; das bot reichlich Zeit, um Lord Acton zu bestätigen.

Jetzt muss die Partei dafür bezahlen: mit Barem (41 Millionen Mark) und, schlimmer noch, in der Münze der Macht – bis ins dritte Glied. Erst wurde Kohl gefällt, dann stürzte sein Kronprinz Schäuble, heftig wackelt jetzt der Drei-Wochen-Hoffnungsträger Koch. Demnächst könnte es auch die Herren Rüttgers (NRW) und Rüge (Schleswig-Holstein) treffen.

Es ist ein Gemetzel, für das die Geschichte der deutschen Demokratie kein Beispiel kennt. Was aber, wenn die Rechnungen bezahlt und die Sühneopfer geleistet worden sind? Wird dann alles wieder gut? Das hängt davon ab, welche Lehren aus dem Massaker gezogen werden.

Die schiere Größe und Wucht des Ereignisses lässt ahnen, dass es hier nicht nur um das System Kohl geht. Helmut Kohl mag Einfluss verkauft und sich vom Erlös Macht in der Partei verschafft haben. Das hätte ihm geholfen, seine Peiniger (Biedenkopf, Geissler, Späth) zu züchtigen, gar zu Fall bringen. Zug um Zug baute er seine Macht zur uneinnehmbaren Festung aus, in der sich Lord Actons Gesetz trefflich entfalten konnte.

Lord Acton's Law arbeitet in beide Richtungen. Es korrumpiert die Potentaten ebenso wie die Hintersassen. Je länger einer an der Macht ist, desto reichlicher tropft das Gift, wobei die Selbst-Korruption verderblicher ist als die der anderen. Derweil die Rückkopplungseffekte, die Mahnungen des Realitätsprinzips verlassen, schwillt der Kamm. Der Machthaber sieht sich als Achilles ohne Ferse, als Siegfried ohne Lindenblatt: als unfehlbar und unangreifbar.

Der Herrscher mag etwa so denken: „Ich habe dieses Ding gedreht, und niemand hat's gemerkt; das nächste wird mir auch gelingen.“ Das Heer der Alimantierten wächst, die Zahl derer, die ihm Paroli bieten, die auch nur bremsen könnten, schrumpft. Ist die Konkurrenz erst einmal dezimiert, kennt die „Arroganz der Macht“ kaum noch Grenzen. Was hätte denn Helmut Kohl ernüchtern können? Er hat 1976 eine Niederlage gegen Helmut Schmidt erleiden, 1980 seinem Erzrivalen Franz-Josef Strauß die Kanzlerkandidatur überlassen müssen. Doch danach hat er jede Wahl – 1983, 1987, 1990, 1994 – gewonnen, egal, wie weit hinten er zu Beginn der Kampagne lag. Derlei fördert weder Bescheidenheit noch Einsicht in den geliehenen Charakter aller demokratischen Macht.

Und doch ist dies nicht die ganze Moral von der Geschichte. Wäre das so, könnte es das Wahlvolk zufrieden sein, wenn die letzten Millionen bezahlt, die letzten Köpfe gerollt sind.

Nur beginnen gerade hier die wirklichen quälenden Fragen. Welcher Art ist denn der Boden, auf dem das System Kohl gedeihen konnte? Ist nicht auch das „System Deutschland“ mit im Spiel? Ist das „System Rau“ nicht vergleichbar – zumindest im Prinzip? Oder das „System Strauß“ in Bayern? Wenn sie nur lange genug andauert, korrumpiert die Macht noch jeden Machthaber. Und das ist umso gewisser in einem System wie dem deutschen (oder französischen oder italienischen), wo die Herrschaft ihre Metastasen so weit in das Gewebe von Wirtschaft und Gesellschaft hineintreibt.

Gäbe es keine Landesbanken (wozu braucht man die eigentlich?), könnte der Regierungschef nicht deren Flugzeuge zur Verquickung des Privat- und Parteiinteresses mit den öffentlichen Dingen nutzen. Gäbe es keine streng bewirtschaftete Bau- und Bodenordnung, müssten die Herren Baulöwen nicht das Zuteilungsglück per Schmiergeld korrigieren. Neunzig Milliarden an Subventionen werden jährlich in Deutschland verteilt; das ergibt einerseits ein hübsches Machtpotential, andererseits eine ständige Einladung an die Mächtigen-Empfänger, den Herrschenden ein Quid-pro-quo anzudienen. Je großzügiger die Subsidien – siehe West-Berlin und die zwanzig jährlichen Milliarden vom Bund vor dem Mauerfall –, desto fester der Filz zwischen Politik und Wirtschaft.

Nehmen wir die staatlich geförderte Ansiedlung der Waffenindustrie in Bayern und das anschwellende Privatvermögen von inzwischen abgelebten Politikern. Zusammenhänge zu vermuten, wäre keine besonders bössartige Arbeitshypothese. Oder die Standort- und Industriepolitik überhaupt. Eine feine Sache, dieser Medienstandort bei uns, denkt sich der Bürger. Doch wo staatliche Wohltaten fließen, spießt auch der Filz, zum Frommen der Politik und zum Nutzen der Favorisierten. Dass es auch transnational funktioniert, mag der Fall Elf-Leuna belegen, in den sich jetzt die französische Staatsanwaltschaft verbissen hat. Wo Politik den Profit überwölbt, also normale betriebswirtschaftliche Kalkulationen ausgehebelt werden, bezahlt eine Elf das Mehrfache des Verkehrswertes für Leuna, und von der fetten Marge können alle trefflich leben: Der Ex-Außenminister Dumas kann so seinen luxuriösen Lebensstil finanzieren, wie vermutet wird, und Freund Mitterand, so der Verdacht, kann Freund Kohl helfen, die nächste Wahl zu gewinnen.

Gut die Hälfte des Brutto sozialprodukts wird in Deutschland (wie auch in Frankreich oder Italien) vom Staat kassiert und verteilt. Das allein macht dessen gewaltige Kraft noch nicht aus, fließt doch ein Großteil der Abermilliarden auf Grund von Besitzstand und Rechtsanspruch. Aber wer verteilt, schafft an – mit Hunderttausenden von Gesetzen und Regulierungen, die das freie Spiel der Marktkräfte aushebeln und immer wieder die unheilige Allianz zwischen Staat und Wirtschaft erneuern, wo die richtigen Entscheidungen, die in der freien Konkurrenz der Kräfte nicht zu haben sind, gegen schwarzes Geld oder nach der Devise „Eine Hand wäscht die andere“ getauscht werden.

Machiavelli hat in *Der Fürst* geschrieben, dass es einfacher sei, sich mit guten Soldaten Gold zu verschaffen als umgekehrt. Das heißt: Die Macht ist die Königswährung, und wer so viel davon hat wie der moderne Regulierungsstaat, bewirkt gleich zwei neue „Eiserne Gesetze“. Das eine besagt: Die Regierenden werden stets versucht sein, diesen Überfluss gegen knappe materielle Güter (sprich: Wahlkampfelder) zu tauschen. Das zweite: Die Regierten werden stets versucht sein, den notwendigen politischen Goodwill mit Geld zu erkaufen. Daraus folgt eine „Eiserne Abteilung“: Je bescheidener die Macht des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft, desto geringer der Anreiz zur Korruption. Die perfekte Korruption herrschte denn auch in den Staatswirtschaften der ehemals kommunistischen Welt.

Es geht vorweg um Gelegenheit und Anreiz, nicht um den Mangel an Tugend. Dass die SPD derzeit so unbefleckt dasteht, hat mit 16 Jahren Opposition zu tun. Doch wo sie selbst schier endlos herrschte wie in Düsseldorf, ist auch sie diesen Eisernen Gesetzen verfallen. Gar nicht zu reden von der „kleinen“ Korruption, die in Deutschland schlicht systembedingt ist. Wer die Macht hat, besetzt die Rundfunkräte, die Gremien, die halbstaatlichen Einrichtungen. Und die Opposition kriegt ihren Teil „paritätisch“ – der Erste ist von der Partei X, der Vize von der Partei Y. Das ist das unselige Erbe des einst gut gemeinten Verfassungsartikels 21, der den Parteien eine inzwischen ungeheure Macht verschafft hat, auch weil sie so sehr im Verborgenen wirkt. Macht gebiert Pfründe, und Pfründe zeugen Macht – ein Teufelskreis wie aus dem Lehrbuch.

Dass es derzeit die CDU so mörderisch trifft, ist allenfalls ein später Trost. 16 Jahre Schröder könnten ähnliche Folgen zeugen. Es sei denn, Wahlvolk und politische Klasse erkennen, dass das System Kohl nur die andere Seite des Systems Deutschland ist. Schärfere Gesetze, härtere Strafen, eifrigere Wächter wären gut, aber ein viertes wäre besser. Die wahre Herkulesarbeit wäre es, den Staat und die Parteien zurückzudrängen, um dergestalt die schier unwiderstehlichen Anreize und Gelegenheiten zur Korruption zu beschneiden. Ein Traum? Dann darf man getrost noch einen zweiten beschwören: die Beschränkung der Amtszeit für Kanzler und Co., so wie es die Amerikaner nach 13 Jahren Roosevelt getan haben. Dann gälte wenigstens die Erste Actonsche Ableitung nicht mehr: „... und noch mehr korrumpiert die Macht, die ewig währt.“ JOSEF JOFFE